



Medienkonferenz «Produktgruppenbudget 2019» vom 21. Juni 2018

REFERAT VON GEMEINDERAT MICHAEL AEBERSOLD, DIREKTOR FÜR FINANZEN,
PERSONAL UND INFORMATIK

Es gilt das gesprochene Wort

Geschätzte Medienschaffende

Einleitung

Ich freue mich, Ihnen heute das Produktgruppenbudget 2019, welches durch den Gesamtgemeinderat zuhanden des Stadtrats und der Stimmberechtigten verabschiedet worden ist, vorstellen zu dürfen.

Finanzielle Wetterlage

Folie 2

Bevor ich zum eigentlichen Thema der Medienkonferenz, dem Budget 2019, komme, ist es mir ein Anliegen, die finanzielle Situation der Stadt Bern zu umreissen. Sie ist der Startpunkt für die finanzpolitischen Überlegungen des Gemeinderats. Wie dem Bund, den meisten Kantonen und vielen Gemeinden, vor allem den Städten, geht es der Stadt Bern finanziell gut. Zürich, Basel, Genf, Winterthur, St. Gallen, Chur: Alle diese Städte haben im Jahr 2017 Überschüsse in mindestens zweistelliger Millionenhöhe erzielt – häufig weit mehr, als budgetiert. Bern mit einem Überschuss von 67,3 Millionen Franken passt gut ins Bild. Über die letzte Dekade hat Bern mit Ausnahme des Jahres 2012 (-8,1 Mio. Franken) immer positive Rechnungsabschlüsse zwischen 17,8 bis 67,3 Millionen Franken erzielt. Aber nicht nur das. Bern hat Schulden reduziert und ist inzwischen die wichtigste Nettozahlerin im kantonalen Finanzausgleich.

Verantwortlich für diese Entwicklung sind das anhaltende Bevölkerungswachstum und die krisenresistente Stadtberner Wirtschaft, die zu steigenden Steuereinnahmen führten. Verantwortlich ist aber auch die nachhaltige und solide Finanzpolitik, welche der Gemeinderat seit Jahren konsequent verfolgt. Meine Aussagen sind kein Selbstlob, sondern extern bestätigt: Im Frühjahr hat Moodys das Kreditrating der Stadt mit stabi-

lem Ausblick auf die zweitbeste Stufe Aa1 angehoben. Im Ratingbericht wurde besonders das geplante Bevölkerungswachstum bis 2030 sowie unsere Finanzpolitik positiv hervorgehoben. Bern als Wohnort mit sehr hoher Lebensqualität ist gefragt. Der Gemeinderat will das «Produkt Bern» weiter stärken und verbessern zum Wohle aller Bernerinnen und Berner.

Budget 2019

Folie 3

Der Gemeinderat hat für das kommende Jahr ein 1,27 Milliarden Budget verabschiedet, welches bei unveränderter Steueranlage von 1,54 einen Überschuss von 0,43 Millionen Franken vorsieht. Dieser Überschuss soll in die Spezialfinanzierung Eis- und Wasseranlagen eingelegt werden.

Folie 4

Gegenüber dem Vorjahresbudget steigen die budgetierten Erträge um insgesamt 3,5 Prozent bzw. um 44,4 Millionen Franken. Abgesehen vom Finanzertrag, der gegenüber dem diesjährigen Budget um 6,7 Millionen Franken sinkt, steigen sämtliche Ertragspositionen an.

Folie 5

Das Bevölkerungswachstum und die Wirtschaft beeinflussen die Stadtfinanzen positiv. Im Jahr 2019 wird eine Fortsetzung des Wachstums bei den Steuererträgen erwartet: Der Fiskalertrag, welcher rund 43 % der Erträge der Stadt generiert, ist um 28,9 Mio. Franken oder 5,6 % höher als im Vorjahr budgetiert. Er liegt neu bei 544 Millionen Franken. Dies ist insbesondere auf die prognostizierte Steigerung der Steuererträge der juristischen Personen von rund 20,4 Mio. Franken und der natürlichen Personen von 7,7 Mio. Franken zurückzuführen. Der Transferertrag fällt gegenüber dem PGB 2018 um 7,4 Mio. Franken oder 2,6 % höher aus. Die dem Kanton weiterverrechneten Kosten für den Lastenausgleich Sozialhilfe nehmen um 5,1 Mio. Franken zu.

Folie 6

Der Ertrag steigt mit 34,6 Millionen Franken (+ 3,4 %) gegenüber dem Vorjahr um fast 10 Millionen Franken mehr, als der Aufwand. Wir haben dabei die guten Steuererträge von 526 Millionen Franken im Jahr 2017 berücksichtigt.

Folie 7

Auf der Aufwandseite ergeben sich folgende Veränderungen:

1. Der Transferaufwand liegt um rund 13,6 Mio. Franken (2,6 %) höher als im Vorjahresbudget. Mit den grössten Zunahmen wird beim Lastenausgleich Disparitätenabbau (4 Mio. Franken), den Betreuungsgutscheinen (2,6 Mio.), der Lehrerbesoldungen (1,4 Mio.) und beim Lastenausgleich Sozialhilfe (1,1 Mio. Franken) gerechnet.
2. Der Personalaufwand nimmt um 10,6 Mio. Franken (3,4 %) zu. Darauf komme ich zurück.
3. Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen steigen dem Investitionsverlauf entsprechend um 5,9 Mio. Franken, was einem hohen Zuwachs von 9,4 % entspricht.
4. Der Sach- und Betriebsaufwand erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Mio. Franken oder 3,4 %. Dies ist hauptsächlich auf einen höheren Warenaufwand (1,7 Mio. Franken), Dienstleistungen Dritter (1,1 Mio. Franken) und nicht aktivierbare Anlagen im Informatikbereich, insbesondere für die zusätzlichen Betriebskosten der neuen Informatikplattform base4kids2 (1,0 Mio. Franken) zurückzuführen.

Folie 8

Der höhere Personalaufwand wird durch zwei Faktoren verursacht: Einerseits steigen die Beiträge an die Personalvorsorgekasse um 4 Millionen Franken, andererseits sieht das Budget die Schaffung von brutto 55,8 bzw. netto 51 neuen Stellen vor. Die 51 Stellen werden zu 50 % ins Budget eingestellt, weil die Rekrutierungen nach erfolgter Budgetgenehmigung Zeit benötigen.

Folie 9

Das Budget 2019 bildet zum ersten Mal das seit 1. Januar 2018 geltende Beitragsprimat in der Personalvorsorge ab. Im IAFP waren ab 2019 noch Einsparungen von 2 Millionen Franken bei den Pensionskassenbeiträgen der Stadt eingeplant. Bei der Erarbeitung des Budgets 2019 zeigte ein Vergleich der effektiven Kosten im 1. Quartal 2018, d.h. nach dem Primatwechsel, mit den Kosten des 1. Quartals 2017, d.h. vor dem Primatwechsel, eine Erhöhung der Kosten um rund 2 Millionen Franken. Entsprechend mussten die Beiträge im Budget 2019 um rund 4 Millionen Franken nach oben korrigiert werden. Dies erreichen wir mittels Globalbudgetkürzung und Auflösung von Neubewertungsreserven budgetneutral.

Wir haben die zuständigen Kommissionen sowie die Stadtratsmitglieder im Vorfeld zur IAFP-Debatte informiert, warum die Kosten entgegen früherer Aussagen höher ausfallen und eine Korrektur im Budget nötig ist.

Entscheidend für die Zunahme sind das Wachstum der gesamstädtisch versicherten Lohnsumme und die Versicherung zusätzlicher Lohnbestandteile, namentlich Pauschalzulagen, Stellvertretungszulagen und Funktionszulagen. Der Gemeinderat hat im Sommer 2017 entschieden, diese Lohnbestandteile mit Einführung des Beitragsprimats neu zu versichern, um eine BVG-konforme Umsetzung zu gewährleisten.

Die Aussage in den Stadtratsunterlagen, wonach der Primatwechsel zu wiederkehrenden und damit absoluten Einsparungen von rund 2 Millionen Franken für die Stadt führe, war missverständlich. Tatsächlich ist das Beitragsprimat im Vergleich zum Leistungsprimat im Schnitt günstiger. Aktuelle Modellrechnungen haben bestätigt, dass das Beitragsprimat für die Stadt günstiger ist als das Leistungsprimat. Der Primatwechsel kommt der Stadt Bern alleine 2018 über 6 Millionen Franken günstiger zu stehen.

Folie 10

Das Budget 2019 steht im Zeichen des quantitativen und qualitativen Stadtwachstums. Bis ins Jahr 2030 sollen gemäss Stadtentwicklungskonzept (STEK) 2016 rund 160 000 Menschen in der Stadt Bern wohnen – ein Wachstum um rund 17 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Dieses quantitative Wachstum darf nicht zulasten der Lebensqualität gehen. Trotz dynamischen Wachstums soll Bern laut STEK «grün und vernetzt» sein und «in den Quartieren leben». Unter dem Motto «Stadt der Beteiligung» konkretisiert der Gemeinderat in den Legislaturrichtlinien deshalb qualitative Massnahmen mit dem Ziel, die Lebensqualität in Bern hoch zu halten. Das quantitative und qualitative Stadtwachstum haben den Gemeinderat dazu bewogen, im Jahr 2019 55,8 neue Stellen zu schaffen. Die neuen Stellen sind nötig, um das bereits vollzogene Stadtwachstum zu bewältigen (bspw. für die Verwaltung und Betreuung neuer Infrastrukturen wie Schulhäuser, Spielplätze oder Liegenschaften) bzw. zu beschleunigen (bspw. für die Planung, Projektierung und Unterstützung von privaten und öffentlichen Projekten). Andererseits werden die neuen Stellen benötigt, um die Lebensqualität weiter zu erhöhen und die Beteiligung der Bevölkerung zu ermöglichen, so dass STEK und Legislaturrichtlinien kein toter Buchstabe bleiben.

Insgesamt werden gegen die Hälfte der neuen Stellen für das Wachstum benötigt (bspw. Stadtentwicklung, Mobilität, Bildung, Soziales). Rund 20 Stellen dienen der Umsetzung der Legislaturrichtlinien.

Folie 11

Beispiele für neu geschaffene Stellen finden Sie auf dieser Folie. Während bspw. die Umsetzung der Digitalstrategie dazu führen soll, die digitale Vernetzung der Menschen sowie Partizipation und Integration zu fördern, also das Angebot der Stadt qualitativ zu verbessern, sind die neuen Stellen beim Stadtplanungsamt, im Tiefbauamt oder auch beim Reinigungspersonal durch das quantitative Wachstum begründet. Mehr Hochbauten, mehr Planungsvorhaben, mehr grosse Infrastrukturprojekte sind ohne zusätzliche personelle Ressourcen nicht zu bewältigen.

Folie 12

Nach New Public Management bzw. mit dem Produktgruppen-Budget erfolgt die Steuerung nicht über Stellen, sondern über Zielvorgaben für Produktgruppen und Produkte sowie Globalkredite der Dienststellen. Den Budgetverantwortlichen steht innerhalb der Vorgaben ein grosser Handlungsspielraum zu. Die vom Gemeinderat beschlossenen neuen Aufgaben bzw. der beschlossene Leistungsausbau und -abbau wird im Vorbericht zum Budget detailliert ausgewiesen. Für den Ausbau bestehender Leistungen sind 6,3 Millionen Franken, für neue Aufgaben 8,5 Millionen Franken budgetiert. Im Gegenzug werden Aufgaben im Umfang von 0,5 Millionen Franken abgebaut. Sie machen total 1,3 % des um die internen Verrechnungen bereinigten Gesamtaufwandes aus und sind somit tiefer als die jüngste Prognose des SECO vom 19. Juni 2018, welche im Jahr 2019 von einem 2 % Wirtschaftswachstum ausgeht.

Folie 13

Diese Folie zeigt Beispiele für neue Aufgaben oder den Leistungsausbau. Es handelt sich um Beiträge, wie die einmalig budgetierten 300'000 Franken an das STARMUS Festival zum 50-Jahr-Jubiläum der Mondlandung, welches von 24. bis zum 29. Juni 2019 in Bern stattfinden wird.

Investitionsbudget*Folie 14*

Das Stadtwachstum wirkt sich auch auf den Investitionsbedarf der Stadt aus. Für das Jahr 2019 sind rekordhohe Nettoinvestitionen in der Höhe von 168,2 Millionen Franken budgetiert. Alleine 54,8 Millionen entfallen auf Neuinvestitionen im Hochbaubereich. Ich gehe davon aus, dass dieses hohe Investitionsvolumen nicht vollumfänglich realisiert wird. Bauen erfährt oftmals Verzögerungen. Und die personellen Kapazitäten, um ein so hohes Volumen zu stemmen, sind noch nicht vorhanden. Wenn 79 % der veranschlagten Investitionen, also rund 133 Millionen Franken, realisiert werden, steigt der

Schuldenstand dadurch um rund 50 Millionen Franken. Ich erwähne einmal mehr das Ziel des Gemeinderats, dass der durchschnittliche Zustand der Infrastrukturen im Verwaltungsvermögen rund 80 % vom Neuwert betragen soll. Um dies zu erreichen, müssen 88 Millionen Franken in die Instandsetzung investiert werden. Das werden wir voraussichtlich ab dem Planjahr 2020 erreichen können.

Folie 15

Die grössten Investitionsvorhaben sehen sie aus dieser Tabelle. Hierbei handelt es sich um jene Beträge, die 2019 verbaut werden sollen. Auch im Jahr 2019 entfällt der grösste Teil auf die Volksschulen. Der Gemeinderat geht den Sanierungsnachholbedarf bei den Schulen an und schafft zusätzlichen Schulraum, um für das bisherige und zukünftige starke Wachstum der Anzahl Schülerinnen und Schüler gewappnet zu sein.

Fazit

Folie 16

Lassen Sie mich ein Fazit zum Budget 2019 ziehen: Die Stadt steht finanziell gut da. Bestätigt wird dies nicht zuletzt durch die unabhängigen Finanzspezialisten von Moodys. Auch mit dem Budget 2019 leistet sich die Stadt keinen Konsum auf Pump, sondern führt die solide Finanzpolitik der letzten Jahre fort. Voraussichtlich führt aber das rekordhohe Investitionsvolumen zu einer Schuldenzunahme von 50 Millionen Franken. Neben den Investitionen stehen auch die laufenden Ausgaben im Zeichen des Stadtwachstums.

Netto 51 neue Stellen sollen sicherstellen, dass die Stadt quantitativ wächst, ohne die hohe Lebensqualität zu gefährden. Der Gemeinderat legt dem Stadtrat und den Stimmberechtigten ein insgesamt ausgewogenes Budget vor. Ich kann Ihnen versichern, dass der Gemeinderat keine finanziellen Experimente plant, sondern sich bewusst ist, dass sich Einnahmen und Ausgaben – auch langfristig – die Waage halten müssen.